

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
No. 11

Anteilblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementpreis: Wöchentlich 10 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsänderung besteht kein Anspruch auf Refundation. | Inseratpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Rückseite 8 Goldpfennige. | Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

No. 85.

Altensteig, Mittwoch den 9. April.

Jahrgang 1924

Die neue Regierung in Württemberg.

Staatsrat Rau zum Staatspräsidenten gewählt.
Ein Geschäftministerium Rau-Volz-Beyerle.

Stuttgart, 8. April.

Lange vor Beginn der Sitzung des Landtags am Dienstag um 11 Uhr, in der die Wahl des Staatspräsidenten durch den Landtag vorgenommen werden sollte, waren die Tribünen überfüllt. Eine erregte Spannung lag über dem Hause, nachdem bekannt geworden war, daß eine Einigung zwischen den Parteien nicht zustande gekommen war und die demokratische Fraktion auf der Zurückziehung ihrer Minister bestehen blieb. Man sah Volz und Dr. Hieber noch im Gespräch. Bald darauf eröffnete Präsident Walter die Sitzung, zu der alle Abgeordneten bis auf zwei erschienen waren. Abg. Reil (Soz.) forderte, daß an zweiter Stelle eine Entschließung beraten werde, wonach die Personalabbauperordnung und der Schulabbau zurückgestellt werde, weil der Oberämterabbau auch vertagt sei. Andre (Zentr.) ruft dazwischen: „Wahlpolitik!“ Der Antrag auf Zulassung zur Beratung wird jedoch gegen Deutschnationale, Zentrum und Deutsche Volkspartei abgelehnt bei steigender Erregung im Hause. Vosz (Zentr.) begründet nochmals die Haltung seiner Partei, die mit ihrem Ausschubantrag beim Oberämterabbau kein Misstrauensvotum gegen die Regierung einbringen wollte, und erklärt, daß es das Beste ist, wenn die Regierung bis nach den Wahlen bestehen bleibt. Das Zentrum sei bereit, Dr. Hieber heute wieder zum Staatspräsidenten zu wählen. Scheef (Dem.) lehnt diesen Vorschlag für seine Fraktion ab. Bazille (Bürgerp.) betont, daß es sich bei der Abstimmung vom Samstag nur um einen Ausschub im Vollzug der Verordnung gehandelt habe, bis das Volk bei den Wahlen gesprochen habe. Die Wahl des Staatspräsidenten sei aus Wahlrückfällen jetzt gemacht worden. (Zurufe, Unruhe.) Machen Sie (nach der Linken) ihre Vorschläge. (Große Heiterkeit.) Vosz (Zentr.) beantragt nunmehr Vertagung der Sitzung bis nachmittags. Reil (Soz.) führt aus, daß sich das Zentrum selbst „hineingeführt“ habe, man könne jetzt kein „geschlechtsloses“ Kabinett brauchen. Darauf wird die Wahl des Staatspräsidenten auf nachmittags 3 Uhr angesetzt.

In der Nachmittagsitzung war die Spannung noch größer. Wieder überfüllte Tribünen und verhaltene Erregung, obwohl es bereits in der Luft lag, daß eine geschäftsmäßige Lösung gefunden sei. Bazille (Bürgerp.) betont die verfassungsmäßige Verpflichtung der bisherigen Regierung, die Geschäfte weiter zu führen. v. Blame (Dem.) legt in staatsrechtlichen Ausführungen einen entgegengekehrten Standpunkt dar. Unter jugendlicher Unruhe kommt man nun zur Wahl.

Es sind 92 Abgeordnete anwesend, 80 beteiligen sich an der Abstimmung mit Zettelabgabe. Demokratie und Sozialdemokratie geben weiße Zettel ab, zusammen 39. Die Kommunisten enthalten sich der Stimmabgabe. Von 50 gültigen Stimmen entfallen 48 auf den Staatsrat. Rau im Ernährungsministerium, das er seit dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung verwaltet, je eine Stimme entfällt auf die Abgeordneten Horning und Schnebele. Staatsrat Rau nimmt unter schlichten Worten das Amt des Staatspräsidenten an, beklennend, daß er keiner Partei angehöre und seine Arbeit der Sache bisher gegolten habe. Es handle sich um eine Zwischenlösung, für die er sich zur Verfügung stelle. Der neue Staatspräsident spricht dann seinem Amtsvorgänger Dr. Hieber Dank und Anerkennung aus und betont, daß er sachliche Arbeit leisten und die Ruhe und Ordnung im Lande erhalten wolle. In seinen Mitarbeitern berufe er den bisherigen Innenminister Volz (Ztr.), dem er auch noch das Innenministerium mit übertrage, und den bisherigen Justizminister Beyerle (Zentr.) in sein bisheriges Amt, worauf beide am Regierungstisch Platz nehmen. Neben dem Staatsministerium werde er selbst das Kultusministerium verwalten. Das Haus begrüßt die Annahme der Wahl durch Rau und dessen Erklärungen mit Beifall in der Mitte und rechts. Abg. Vosz (Zentr.) dankte Dr. Hieber noch für das vierjährige Zusammenarbeiten, und Dr. Hieber erwiderte für die ihm gewidmeten Dankesworte, auch an den Präsidenten des Landtags, der dem scheidenden Staatspräsidenten gleichfalls auerkennende Worte gesagt hatte.

So hat nun das württembergische Volk einen neuen

Staatspräsidenten, der früher Oberamtmann in Zellmang war und dann als Ministerial- und Staatsrat im Arbeits- und Ernährungsministerium sachliche gute Arbeit getan hat. Sein Kabinett bedeutet ein Geschäftministerium, eine Zwischenlösung bis nach den Wahlen. Ein Versuch der Sozialdemokratie, den Landtag für die nächsten Tage zu einer neuen Sitzung zu gewinnen, scheiterte an dem Widerstand der Parteien von der Demokratie bis zu den Deutschnationalen. Der Landtag wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Wenn nicht besondere Verhältnisse eintreten, dürfte es nach menschlichem Ermessen die letzte Sitzung dieses Landtags sein, der am Schluß seines vierjährigen Daseins noch diese üble Regierungskrise machte.

Staatsrat Rau ist am 4. Januar 1868 in Döbel, Ost-Preußen, als Sohn des Pfarrers Rau (Warmebrunn) geboren. Nach Vollendung seiner rechts- und staatswissenschaftlichen Studien fand er von 1893 bis 1896 unständige Verwendung beim Stadtpolizeiamt Stuttgart und bei der Stadtdirektion Stuttgart. Im November 1896 wurde er zum Amtmann in Blau-Beuren ernannt und am 4. Januar 1897 in gleicher Eigenschaft bei der Stadtdirektion Stuttgart verwandt. 1899 wurde er Kollegialhilfsarbeiter bei der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, 1900 Hilfsarbeiter beim Ministerium des Innern und am 23. April 1902 Oberamtmann in Zellmang. 1906 kehrte er als Regierungsrat in das Ministerium des Innern zurück, wo er 1907 zum Kanzleibeamten bestimmt wurde. Im Januar 1909 wurde er im gleichen Ministerium vortragender Rat mit dem Titel eines Ministerialrats unter Beibehaltung der Kanzleibeamtenschaft. Am Januar 1918 wurde er mit der Beförderung der Geschäfte eines Staatsrats im Staatsministerium beauftragt und am 6. November 1918 zum wirklichen Staatsrat ernannt. Am 25. November 1918 übernahm er die Geschäfte eines Ministerialdirektors bei dem neugebildeten Ernährungsministerium und beim Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung (4. Juni 1923) wurde er mit der Führung der Geschäfte des Arbeits- und Ernährungsministeriums betraut. Bei dem mehrfachen Wechsel in der äußeren Führung des in seinem Bestand immer stark angefüllten Arbeits- und Ernährungsministeriums war er der ruhende Pol in der der Erscheinungen flucht, der Mann, der nicht die politische, aber die sachliche Arbeit leistete und sich dabei, unbekümmert um der Parteien Haß und Hader, nach alter, bewährter Beamtenart lediglich von seinem unerbittlichen Pflichtbewußtsein leiten ließ. Mag die Amtszeit des neuen Staatspräsidenten auch nur einige Wochen dauern und seine Wahl lediglich eine Zwischenlösung in der Regierungskrise sein, so bietet seine Person doch sichere Gewähr dafür, daß die Staatsgeschäfte, die im übrigen bei den Ministern Volz und Beyerle in fester Hand ruhen, bis nach den Wahlen einen ruhigen und geordneten Fortgang nehmen. Die Rechtsparteien waren gut beraten, als sie gerade diese Lösung fanden.

Schluß-Bericht der Sachverständigen.

Paris, 8. April.

Der „Matin“ veröffentlicht einen Auszug aus dem Bericht des Sachverständigenkomitees. Der Bericht des Komitees Dawes umfaßt 60 Seiten. Er besteht:

1. aus einem Begleitbrief, den der Vorsitzende, General Dawes, augenscheinlich an die öffentliche Meinung Amerikas richtete;
2. aus einem kurzen Exposé, in dem die leitenden Grundsätze der Arbeiten und die Schlussfolgerungen, zu denen man gekommen sei, angegeben seien;
3. dem Bericht selbst und
4. etwa zehn Anhängen, die von der größten Bedeutung seien, weil sie den Gesamttext der Statuten der Goldemissionsbank, der deutschen Eisenbahngesellschaft und der Hypothekengesellschaft für die deutsche Industrie darstellten.

1. Kapitel: Sanierung der deutschen Finanzen.

Um das deutsche Budget auszugleichen, verlangen die Sachverständigen vom Deutschen Reich eine sehr strenge Kontrolle über das Ergebnis der deutschen Steuererlässe. Falls trotz der getroffenen Vorkehrungsmaßnahmen die Finanzen in Unordnung gebracht und Verluste in der Ausführung der Reparationsverpflichtungen eintreten würden, würden die Sachverständigen die automatische Einsetzung einer alliierten strengen Kontrolle vornehmen, der man die weitgehendsten Befugnisse zuerkennen. Die Sachverständigen schlagen außerdem vor,

daß ein Teil der Budgeteinnahmen, die Zölle, sowie gewisse Verbrauchsteuern auf Tabak und Alkohol, direkt an die bei der neuen Goldemissionsbank errichtete Kasse der Reparationskommission abgeführt werden.

2. Kapitel: Die Goldemissionsbank.

Alles, was über die Sanierung der deutschen Finanzen gesagt sei, wäre wirkungslos, wenn man nicht gleichzeitig die deutsche Währung sanierte. Die Sachverständigen hätten deshalb einen sehr vollkommenen Plan über die Schaffung einer internationalen Goldemissionsbank aufgestellt, die später die Reichsbank, die Rentenbank und die Goldemissionsbank in sich aufnehmen solle. Die Goldemissionsbank hat ihren Sitz in Berlin. Sie wird gegründet mit einem Kapital von 400 Millionen Goldmark. Eine Million Aktien werden der Reichsbank gegen Ueberlassung des Aktivums einschließlich des Immobilienbesitzes überlassen und drei Millionen Aktien würden den internationalen Zeichnern angeboten, die natürlich im Aufsichtsrat vertreten sein sollten.

3. Kapitel: Das Ruhrgebiet.

Nachdem der Budgetausgleich und die finanzielle Sanierung in Deutschland erfolgt sei, glauben die Sachverständigen, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung nur unter einer Bedingung auf die Dauer gesichert werden könne, nämlich, wenn die wirtschaftliche Einheit in Deutschland wiederhergestellt werde. Ohne die militärische Besetzung des Ruhrgebiets anzuschneiden, erklärten die Sachverständigen, daß es nötig sei, Deutschland die freie Verfügung in den von den Truppen besetzten Gebieten, in seinen Zolleinnahmen, in seinem gesamten Staatsbesitz und seinen Eisenbahnen, eingeteilt in regionale Direktionen, wieder zu geben. Die Eisenbahnen des Rheinlandes und des Ruhrgebiets werden durch eine internationalisierte Kommission überwacht, um den nationalen Betrieb, das heißt die Sicherheit der Besatzungstruppen, sicherzustellen und um alle Erleichterungen zu gewähren für eine eventuelle Wiederaufnahme der Besetzung.

4. Kapitel: Steigende Jahreseinnahmen.

Um die finanzielle und wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands zu ermöglichen, schlagen die Sachverständigen vor, daß man Deutschland eine Herabsetzung seiner Zahlungsverpflichtungen gewährt. Diese Zahlungen sind wie folgt bestimmt: Deutschland werde im ersten Jahre eine Milliarde bezahlen, aufgebracht durch die internationale Anleihe von 800 Millionen Goldmark, und durch eine Verbrauchssteuer, die 200 Millionen Goldmark einbringen soll.

Im zweiten und dritten Jahre soll Deutschland je 1200 Millionen Goldmark, und im vierten Jahr 1750 Millionen Goldmark zahlen. Deutschland könne nach Ansicht der Sachverständigen vom fünften Jahre ab jährlich 2400 Millionen zahlen, die durch die verschiedenartigsten Einnahmequellen sichergestellt werden sollen. Vom sechsten Jahre ab werde die Reparationskommission Zahlungen von Deutschland verlangen, die nach einem gewissen Verbesserungsschein festgelegt werden sollen, den das Komitee Dawes bestimmt habe. Nach diesen Angaben sollen die Zusatzzahlungen, die von Deutschland gefordert werden sollen, gradweise mehrere hundert Millionen Goldmark zu den bereits verlangten 2400 Millionen ausmachen.

5. Kapitel: Die Reichseisenbahn.

Diese soll auf 50 Jahre an eine Gesellschaft mit einem Kapital von 20 Milliarden Goldmark verpachtet werden. Um die Flüssigmachung dieses Kapitals zu ermöglichen, hätten die Sachverständigen zahlreiche Garantien für die internationalen Zeichner vorgelesen, hauptsächlich: ein alliiertes Treuhänder, der in dem Aufsichtsrat die nicht-deutschen Obligationenbesitzer vertritt. Er könnte namentlich die Tarife erhöhen.

6. Kapitel: Industrie-Hypothek.

Der Plan sehe die Ausgabe von 5 Milliarden Obligationen auf der Grundlage des industriellen Besitzes vor, die der Reparationskommission übergeben werden sollen. 40 Jahre hindurch erforderten diese Obligationen eine Annuität von 300 Millionen Goldmark (Zinsen 5 Prozent, Tilgungsrate 1 Prozent). Die Verwertung dieser Annuität sei einem Treuhänder überlassen. Die Hypothek einzicht. Nicht allein, daß jeder belastete Besitzer gezwungen sei, diese Zinsen zu bezahlen, falls er sich nicht der Beschlagnahme oder dem Verkauf seines Besitzes aussetzen wolle, sondern auch die deutsche Regierung sei für diese Zahlungen verantwortlich.

7. Kapitel: Die Konvertierung der deutschen Zahlungen.

Summa summarum hängen die verschiedenen Kapitalien, die zu dieser Mindestleistung von 2,5 Milliarden befreit, eng miteinander zusammen. Jedes Defizit unter einem dieser Punkte werde einer gleichartigen Förderung der Reparationskommission gegenüber den anderen Kapitalien entsprechen. Ein Defizit bei den Eisenbahnen oder den Hypotheken würde, wie oben erklärt, gedeckt werden durch Mittel aus den fiskalischen Einnahmequellen des Reiches, die über die vorgegebenen Beträge hinaus erhoben würden.

Das WTB. macht zu den Angaben des „Matin“ über den Sachverständigenbericht folgende Anmerkung: Der Auszug des „Matin“ entspricht im allgemeinen den bisher aus der Presse bekannt gewordenen allgemeinen Grundlinien des Aufbaus des Sachverständigenberichtes. Ob die Einzelheiten richtig sind, muß abgewartet werden, weil der ganze Bericht selbst noch nicht vorliegt, was in ein bis zwei Tagen erst der Fall sein wird.

Erzoffelungspolitik.

Reichsfinanzminister Dr. Stresemann sprach in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei über die politische Lage. In seinen Ausführungen berührte er die gegenwärtigen außenpolitischen Verhandlungen und äußerte sich:

Es ist vor aller Welt klar, daß das Deutsche Reich nicht in der Lage ist, eine Finanzierung für die Fortführung der Reparationsverträge zu übernehmen. Das gleiche gilt auch für die deutschen Industriellen gegenüber den französischen Mittelungen, wonach die deutschen Industriellen sich bereit erklärt hätten, die Reparationsverträge zu verlängern. Ich kann versichern, daß die maßgebenden Vertreter der Industrien des Ruhrgebietes dies für ganz unmöglich erklärten. Große englische Banken haben jeden Kredit an deutsche Unternehmungen abgelehnt, so lange das Reparationsabkommen bestünde, da sie diese Verträge als Erzoffelungsverträge ansehen, die die Rentabilität, ja auf die Dauer auch jede Existenz der deutschen Unternehmungen vernichten.

Pressemeldungen englischer Blätter aus Paris sagen, daß man von einer Wiederaufnahme des passiven Widerstandes an der Ruhr in französischen Kreisen redet. Wir müssen uns ganz entschieden dagegen verwahren, daß die Unmöglichkeit von Leistungen seitens des Deutschen Reiches, die der französische Ministerpräsident früher selbst anerkannt hat, jetzt zum Ausgangspunkt einer neuen Konstruktion des passiven Widerstandes gemacht wird. Eine Reparationslösung ist nur möglich, wenn an der Ruhr Friede und Arbeit herrscht. Beginn aber eine neue Aera von Zwangsmassnahmen, so ist nicht nur die Atmosphäre für Verständigung, sondern auch die wirtschaftliche Grundlage dafür gefährdet. Deutschland hat durch seinen Wunsch direkter Verhandlungen von Staat zu Staat über diese Frage zu erkennen gegeben, wie sehr ihm daran liegt, die Grundlagen zu einer Verständigung nicht zu zerstören. Die Verantwortung für ein Scheitern dieser Bestrebungen würde bei denjenigen liegen, die eine solche Verständigung unmöglich machen.

Poincaré hat für seine Politik gute Reden gefunden, aber man darf wohl fragen, durch welche internationalen Abmachungen die Reparationsverträge Bestandteile bestehender internationaler Verträge geworden sind, und welche assoziierten Nationen bei diesen Verträgen mitgesprochen haben. Man darf weiter fragen, ob Poincaré glaubt, daß Europa, auf das er in seinen Erklärungen besonders hinweist, Vorteile davon haben wird, wenn in diesem reichsten europäischen Wirtschaftsgebiet Kampf und Erschütterung statt Ruhe und Friede herrscht.

Es ist eine freie Erfindung, wenn behauptet wird, daß der deutsche Außenminister auf das Urteil des Münchener Volksgerichts eingewirkt, Ludendorff verherrlicht und seine Freisprechung gefordert hat. Die Achtung und Wertschätzung des Feldherrn Ludendorff wird keine Kritik einer auswärtigen Macht einem deutschen Minister verwehren können. Der Politiker Ludendorff muß sich die Kritik gefallen lassen, die jeder ertragen muß, der im öffentlichen Leben steht, und an dem politischen Ludendorff habe ich in meiner Rede in Hannover herbe Kritik geübt. Von einer Beeinflussung des Münchener Volksgerichts durch die Reichsregierung zu sprechen, zeigt von vollkommenem Mißverständnis der deutschen politischen Verhältnisse.

Man will weiter in Frankreich die Aufmerksamkeit der Welt auf angebliche deutsche Rüstungen lenken, indem man den Bestand vaterländischer Verbände für gleichbedeutend erklärt mit bewaffneten Organisationen. Auch gegen diese Zerfurchung der Welt muß ich mich verwahren.

Man gibt sich schließlich im Ausland und nicht allein in Frankreich großer Sorge darüber hin, ob die deutsche Reichsverfassung gegen Erschütterungen im Innern gesichert sei. Die Verfassung des Deutschen Reiches ist eine deutsche Angelegenheit. Soweit das Ausland an ihr interessiert ist, mag ihm aber das eine gesagt sein, daß einmal auch diejenigen Parteien, die programmatisch nicht auf die republikanische Verfassung eingestellt sind, genügend Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, um das Deutsche Reich in seinem heutigen schweren Leiden nicht der Belastungsprobe dieser Kämpfe auszuweichen. Die Deutsche Volkspartei steht auf dem Boden der Verfassung, d. h. sie will Änderungen der Verfassung nur auf verfassungsmäßigen Wege erstreben. Wenn aber das Wirken der verfassungstreuen Parteien in Deutschland nicht immer wieder aufs neue erschüttert werden soll, dann ist es vor allem notwendig, daß man einer vernünftigen Reparationsleistung zustrebt, Deutschland die Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Selbständigkeit gewährleistet und es vor fortgesetzten nationalen Demütigungen und Velleitungen, wie sie kürzlich erst von Seiten

des französischen Kriegsministers erfolgt sind, bewahrt, und damit die Ursachen beseitigt, die am meisten zur Entwicklung der Extremes in Deutschland mitgewirkt haben.

Daß Deutschland den guten Willen besitzt, bei erträglichen Leistungen zum endgültigen Frieden zu kommen, hat auch der Führer der Deutschnationalen, Hergt, auf dem deutschnationalen Parteitag betont, als er erklärte: „Es gibt niemand in unserer Partei, der nicht in Würdigung des übermächtigen Drucks, unter dem wir stehen, wünscht, daß es schwere Opfer zu bringen gibt, es gibt aber auch niemand, der nicht für eine wirkliche erträgliche Endlösung alles darbringen möchte, was sich irgend aus der freien Arbeit eines arbeitstüchtigen Volkes erübrigen ließe.“

Der „Temps“ schreibt zu der Rede des deutschen Außenministers Dr. Stresemann in Kiel, bekanntlich habe der deutsche Botschafter in seiner Unterredung mit Poincaré den Auftrag gehabt, Vorverhandlungen zwischen den beiden Regierungen über die Reparationsverträge einzuleiten oder vorzuschlagen. Der französische Ministerpräsident, der auf dem Standpunkt stehe, daß über die Regelung der Verträge unmittelbar zwischen den deutschen Industriellen und der Reparationskommission verhandelt werden müsse, habe eine Auseinandersetzung zwischen Berlin und Paris vorgeschlagen. Es handle sich jetzt nur noch darum, die Verhandlungen abzuwarten, zu denen es im Ruhrgebiet kommen wird. Stresemann habe wohl die deutschen Industriellen beeinflussen oder auf die französische Regierung einwirken wollen mit seiner Erklärung, daß die englischen Großbanken den deutschen Industriellen jeden Kredit verweigerten, solange die Reparationsverträge beständen. Wenn sich Stresemann nicht getäuscht habe, so gäben also die englischen Banken ihre Kredite unter der Bedingung, daß Deutschland den passiven Widerstand im Ruhrgebiet wieder aufnehme. Sollte London dementsagen, so wird es dadurch die Verlängerung der Reparationsverträge erleichtern. Räume aber kein Dementi, so werde es fraglich sein, ob Deutschland Anlaß habe, sich dazu zu beglückwünschen. — Der Sinn der Stresemannrede ist also genau in des Gegenteils verkehrt worden, und man sieht, wie die französische Presse bemüht ist, auf eine Verlängerung der untragbaren Reparationsverträge hinzuwirken und die deutsche Bereitwilligkeit, nach Möglichkeit die Reparationslasten zu tragen, zu ironisieren.

Neues vom Tage.

Das bayerische Wahlergebnis.

München, 8. April. Das vorläufige Endergebnis der bayerischen Landtagswahlen ist folgendes:

Bayerische Volkspartei 919 587,
Sozialdemokraten 433 821,
Kommunisten 203 017,
Böhmischer Block 491 862,
Deutscher Block (Dem.) 73 818,
Christl.-Soziale Volkspartei (Zentr.) 22 929,
Bereinigtes nat. Rechte (Deutschnationale und Landbund) 197 519,
Nationalliberale Landespartei 29 416,
Deutsche Volkspartei 5835,
Beamtenpartei Kratochwil 19 480,
Beamtenpartei Rädert 4504,
Bayerischer Bauernbund 207 422,
Bayerische Mittelpartei 6823,
N.S.P. 2393,
Mietervereinigung 399,
Republikanische Partei Deutschlands 285,
Verband heimattreuer Koburger 783,
Gewerbevereinsklub (Unterfranken) 11 022,
Weim Volksentscheid, für den übrigens noch einige Stimmen zu erwarten sind, haben mit Ja gestimmt 1 224 017, mit Nein 1 263 892.

Niederlage des Kabinetts Macdonald.

London, 8. April. Die „Frankf. Bzg.“ meldet: Von 4—8 Uhr am Montag war das Unterhaus der Schaulager dramatischer Szenen, wie sie seit dem Kriege nicht mehr vorgekommen sind. Die Regierung hatte unter dem Druck der Radikalen, sowie um der eigenen Rettung willen die von der Opposition bitter bekämpfte Bestimmung ihres Abänderungsvorschlags zum Mieterschutzgesetz nicht einfach zurückgezogen, sondern durch eine ziemlich nichtsofende neue Bestimmung zuzunehmen der arbeitslosen Mieter ersetzt. Die Opposition benutzte jedoch die ersten Schwierigkeiten, die wegen der Frage innerhalb der Regierung bestehen, um einen schonungslosen Angriff zu machen. Asquith, der Führer der Liberalen, verlangte die förmliche Zurücknahme des Antrags, also eine förmliche Demütigung der Regierung. Nach einer Debatte, in der nach dem konservativen Führer Baldwin Anstön Chamberlain und John Simon sprachen, wogegen Ministerpräsident Macdonald und besonders Thomas und Heathley die Regierung verteidigten, kam es unter größter Erregung zur Abstimmung, wobei die Regierung mit 212 gegen 221 Stimmen geschlagen wurde. Macdonald erklärte, daß die Regierung nicht zurücktrete.

Die italienischen Wahlen.

Rom, 8. April. Es ist charakteristisch für das Ergebnis der Wahlen, daß fast alle Parteien sich damit zufrieden erklärten: die Faschisten, weil die Beteiligung der Wähler stark ist und ihre Stimmenzahl mit 64 Prozent die zur Eroberung der Mehrheitsmandate vorgeschriebenen 25 Prozent weit übersteigt; die Popolari, weil sie voraussichtlich 50 statt der geschätzten 40 Mandate erhalten und damit die stärkste Minderheitspartei werden und, ohne Verantwortung eine reine Prinzipien-Politik betreiben können; die Sozialisten, weil sie trotz der dreifachen Zersplitterung in Mailand die absolute Mehrheit erhielt, sodas Treves und Turati zurückkehren, und auch in Turin gut abschnitten, sodas sie insgesamt 40 Mandate erhoffen. Die genaue Verteilung der Mandate ist erst in 14 Tagen festzustellen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 9. April 1924.

* Veretzt wurde Eisenbahndirektor J e p f., Vorsteher der Bahnhofsstation Widdach, nach Wiberach, als Vorsteher der dortigen Bahnhofsstation.

* Unfall. Gestern mittag verunglückte der 18 Jahre alte Eugen Paier hier dadurch schwer, daß er in der Poststraße beim Aufspringen unter ein hiesiges Lastauto kam und sich schwere Verletzungen am Schenkel zuzog, die einen großen Blutverlust zur Folge hatten. Den Wagenlenker trifft keine Schuld.

Die Vermögenssteuererklärung. Der Reichsfinanzminister teilt mit: Mit Rücksicht auf die besonderen Schwierigkeiten, die diesmal die Ausführung der Vermögenssteuererklärung den Landwirten im Hinblick auf die Verantwortung der Frage der Mehrbeiträge und dem Gewerbetreibenden im Hinblick auf die Umstellung der Bewertung in Goldmark bereitet, ist die Frist zur Abgabe der Vermögenssteuererklärung bis 30. April verlängert.

Versammlung. Am Montagabend fand auf Veranlassung der hiesigen Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Grünen Baum eine Versammlung statt, die wie nicht anders zu erwarten war, von allen Ständen einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. War es doch das erste Mal, daß die neue Partei hier öffentlich nach den Regierungsverboten in Erscheinung tritt, zudem als erste in dem bevorstehenden Wahlkampf, der durch den vorausgegangenen Hitlerprozeß für die Öffentlichkeit und für die Nationalsozialistische Partei gewaltig an Bedeutung gewonnen hat. Nach einleitenden Begrüßungsworten durch den Versammlungsleiter Herr Verwaltungssachverständigen Kalmbach ergriff Herr Stätter das Wort zu seinem Vortrag über „Deutschlands Schicksalsstunde“, in dem er u. a. ausführte: Die Nationalsozialistische Partei sei berufen, mit der ihr innewohnenden Kraft und Energie das Banner des Nationalsozialismus, das Banner der deutschen Freiheitsbewegung durch die deutschen Lande zu tragen, eine Brücke zu schlagen von Volksgenossen zu Volksgenossen zur endgültigen Wiedergeburt unseres Volkes entgegen dem egoistischen Parteihader, der uns elend zu Grunde gehen ließ. Die Nationalsozialistische Partei fühle sich nicht als Partei im weltläufigen Sinne, sondern als Freiheitsbewegung, in der auch die deutsche Arbeiterschaft ein gewichtiges Wort mitzureden das Anrecht habe. Wir dürfen nicht nur national sein, sondern wir müssen auch sozial sein. Insofern seien die Wirtschaftskämpfe der deutschen Arbeiterschaft gerecht, weil dieselbe die gleiche Lebens- und Existenzberechtigung wie die deutsche Arbeiterschaft habe. Zur Führung seien die Führer der Arbeiterschaft nicht reif, denn Massenuggestion sei ihr Dogma. Der Redner gedachte unserer unter der Fremdherrschaft schmachenden Brüder, sie zurückzuführen in den Schoß des alten deutschen Vaterlandes sei unsere Aufgabe. Scharf geißelte er die Zersplitterung des Zentrums, die ultramontane Frage, den religiösen und politischen Katholizismus, das Judentum, die Jesuiten und ihre internationale Einstellung, im Gesamten die gefährdende Herrschaft Komms und ebenso die Irrlehre des Marxismus u. den Parlamentarismus in seiner jetzigen Form, der kein Verantwortungsgefühl kennt, sondern nur Parteizwist, ebenso den Kommunismus in den seligen Gefilden Rußlands. Weiter kam der Redner auf den falschen Beamtenabbau zu sprechen, bei dem die besten Kräfte ausgeschieden werden. Ein treues Beamtentum sei der Rückgrat eines Volkes, der deutsche Mittelstand der Träger der Staatsidee, der leider systematisch vernichtet werde. Weitere Beleuchtung fanden noch verschiedene Programmpunkte der Partei wie allgemeine Dienstpflicht solange die allgemeine Wehrpflicht nicht wieder eingeführt sei, Kampf gegen die internationale unsichtbare Börsenmacht, Kampf gegen das Börsen- und Leihkapital mit ihrer Zinsknechtschaft usw. Am Schluß seiner Ausführungen richtete der Redner einen warmen Appell an die deutsche begeisterungsfähige Jugend, denn nur der deutschen Jugend gehöre die Zukunft, die nicht lange wagt, sondern wagt, und an den deutschen Arbeiter, sich aus den Irwegen des Marxismus herauszureißen, dann werde der Tag kommen, an dem Deutschland den Deutschen gehören werde, nicht daß ein Poincaré unser Wegweiser werde. Deutsche Jugend die rufen wir zu, anzunehmen den Kampf zur Herbeiführung des deutschen Freiheitstages. Dem Vortrag schloß sich eine rege Debatte an, worauf Herr Verwaltungssachverständigen Kalmbach dem Referenten für seine überzeugenden Ausführungen dankte.

* Wählerversammlung des Bauernbundes. Am gestrigen Dienstag vormittag fand eine Wählerversammlung des Weingärtner- und Bauernbundes im Gasthof z. Sternchen hier statt. Der Besuch war wohl infolge des zu landw. Arbeiten günstigen Wetters ein schwacher. Der Bezirksvertrauensmann des Bauernbundes, Landwirt Dürer-Sulz, begrüßte die Versammlungsteilnehmer, erwähnte in seiner Einleitung das Eingekandt in der Zeitung, das sich auf seine Einladung bezog und betonte, daß es ein reines Versehen sei, wenn in der Einladung die Nennung der Partei unterblieben sei; wer ihn übrigens kenne, der wisse, daß er aus seiner Überzeugung keinen Hehl mache. An Stelle des Landtagsabg. Dingler-Calm, der durch die gestrige wichtige Sitzung des Landtags (Wahl des Landespräsidenten) am Erscheinern verhindert war, sprach Landwirt S i n n aus Oehringen. Er wies in seiner Einleitung auf die Not unserer Zeit und speziell auf diejenige des Bauernstandes hin, die insbesondere in den großen Steuerlasten zu suchen ist. Es müsse eine Verlichtigung des Mehrbeitrags, der jetzigen Grundlage der Steuern verlangt werden, denn erst im Jahre 1925 seien neue Grundlagen auf Grund des Einkommenergebnisses von 1924 zu erwarten. So erstlich die Stabilisierung der Mark durch die Rentenmark sei,

so bedeute doch für die Landwirtschaft die Schaffung derselben eine weitere schwere Belastung durch die Rentenbankgrundschuldspflicht. Obwohl damit der ganze landw. Besitz belastet sei, wandle die Rentenbank nun ins Ausland und werde für die Einfuhr verwendet und zwar zum Schaden der Landwirtschaft. Ein Antrag der Sozialdemokratie wolle die Sachwerte weiter steuerlich heranziehen. Wenn man den Landwirt weiter derartig belaste, so nehme man ihm die Existenzfähigkeit. Man wehre sich nicht gegen die Steuern überhaupt, sie sollen sich aber im Rahmen der Zahlungsmöglichkeit bewegen. Vor allem müsse man auch eine Vereinfachung des Steuerwesens verlangen. Der einfache Mann könne sich nicht mehr aus. Es sollten die Steuern auf eine Besitz- und Einkommensteuer beschränkt werden, dann wisse man woran man sei. Im übrigen müsse man es eben machen wie unsere Väter; wenn sie Geld hatten bezahlten sie. Man müsse, wenn man kein Geld habe, von dem Stundungsrecht Gebrauch machen und Standungsgehalte einreichen. Ein Blick in die Zukunft zeigt, daß die weiteren Ausföhrungen des Bauernstandes nicht ruhig seien. Man müsse voll frei werden von den Ketten der Zwangswirtschaft, man habe noch keinen freien Markt, die Steuerlast müsse tragfähig gestaltet werden, der Kreditnot müsse durch Gewährung langfristiger Kredite für die Landwirtschaft entgegengetreten werden, die Konkurrenz des Auslandes müsse ausgeschaltet werden. Früher habe man Schutzzölle gehabt, heute nicht mehr. Das Ausland könne alles einführen, unsere Ausfuhr sei dagegen nicht frei. Es sei Schatz der nationalen Arbeit zu verlangen, nicht allein um der Bauern willen, sondern um des ganzen Volkes willen. Habe der Bauer Geld, dann habe es die ganze Welt. Es liege im Interesse des ganzen Volkes, daß man die deutsche Landwirtschaft nicht zu Grunde gehen lasse. Es sei Befreiung von der Zwangswirtschaft zu verlangen. Mit dieser Offenbarung müsse vollends aufgeräumt werden. Zwangswirtschaft und Wachergesetz müssen aufhören, dann werden in Deutschland wieder bessere Zeiten kommen. Man sei vor 5 Jahren (bei der Revolution) in den verkehrten Zug eingestiegen. Der Staatswagen sei in den Dreifüßler geführt worden; er sei mit viel zu viel Ballast beladen, der herunter müsse. Nun solle der Beamtenabbau helfen, er vollziehe sich nicht nach ihrem Sinn. Man baue unter statt oben ab. So z. B. hebbe man die kleinen Steuerämter auf, wodurch man genötigt sei in die entferntesten Nischenämter zu gehen und dadurch Zeit zu verlieren. Die Regierung habe sich mit dem Grundgesetzgehe ihre eigenes Grab gegraben. Die Schule dürfe nicht abgebaut werden; einen guten Schulsaal brauchen auch die Landwirte. Man solle das Theater in Stuttgart abbauen, für das man auch auf dem Land Steuer zahlen müsse. Wer ins Theater wolle, soll sein Theater selbst bezahlen. Wenn man an einen deutschen Theater, wie kürzlich in Stuttgart bei Wiedergabe von Dantes Tod, das französische Nebenspiel spiele, so könne man als Deutscher für ein solches Theater nichts übrig haben. In Frankreich wäre so etwas nicht denkbar gewesen, aber auch nicht die Würdelosigkeit, wie sie die deutsche Regierung beim Untergang des ehemaligen Juppelinschiffes „Dymiden“ gezeigt habe, dadurch, daß sie der französischen Regierung ihr Bedauern ausgedrückt habe. Man müsse verlangen, daß die Würde des deutschen Volkes besser gewahrt werde. Mit der parlamentarischen Regierung und Mehrheitsbeschlüssen müsse ein Ende gemacht werden. Derjenige Staat müsse untergehen, bei dem die Mehrheit und der Unverstand entscheide. Es sei Freiheit für jede ehrliche produktive Arbeit und Schutz mit jeder Erwerbslosenunterstützung verlangt worden. Die Jugend müsse wieder für den Vaterlandsdienst herangezogen werden. Solange wir in Deutschland nicht wieder eine militäre Macht haben, seien wir der Spielball aller Völker. Es werde uns niemand helfen, es werde uns nur geholfen wenn wir uns selbst helfen. Man müsse aufträumen mit allen internationalen Schwindel und Bluff und an diese Stelle die Liebe zum deutschen Vaterlande setzen. Wenn wir wieder ein starkes, kraftvolles Deutschland haben, gehe es uns allen, dem ganzen deutschen Volke, gut. Wenn man wie Deutschland nur von national eingestellten Völkern umgeben sei, gebe es für uns auch keine andere Möglichkeit. Der jüdischen und sozialistischen Einstellung der Regierung müsse ein Ende gemacht werden. Man lebe heute in der Zeit der großen Entscheidungen. Bei den im Mai stattfindenden Reichs- und Landtagswahlen habe man es in der Hand die Quittung zu geben für das, was während der Zeit von der Revolution bis heute an uns geschädigt wurde. Man müsse zurück zu aller Einfachheit und Sparsamkeit, aber nicht im Sinne der jetzigen Regierung. Man müsse aufträumen mit dem seit der Revolution geschaffenen Uebelthier. Der Bauernstand müsse geschlossen zusammenstehen und zeigen, daß man sich nicht länger an der Nase herumführen lasse. Nicht die Parteien seien es, die uns heransführen aus dem Sumpf, sondern eine berufstätige Vertretung, die der Bauer für sich in Anspruch nehme und sie auch den anderen Berufen zu billige. Man solle geschlossen seine Stimme für den Bauernbund abgeben, aber auch seine Frau, seine Söhne und Töchter dazu veranlassen. Wenn Söhne in anderen Berufen stehen und dem Bauernbund ihre Stimme nicht geben, so sollen sie wenigstens national wählen, wenn man darnach handle, dann werde es wieder besser werden, nicht dadurch daß man verzage. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen des Redners, dem der Vorsitzende den Dank aussprach, der selbst noch zu einigen Stellen Stellung nahm u. betonte wie man sich gegenseitig brauche, national denken und sozial handeln solle. Die nun folgende Diskussion zeigte keine Gegenstände gegenüber den Ausführungen des Vortragenden. Am Schluß derselben nahm Landwirt Dürr nochmals das Wort zur Mahnung an die Landwirte, sich nicht mehr als Stimmvieh ausnützen zu lassen, sondern Mann für Mann, Frau für Frau sollen ihren Stimmzettel abgeben für den Bauernbund. Nachdem

Bauernanwalt Maier Hagold noch über die Rentenbank, die hypothekarische Belastung durch dieselbe, sowie die Möglichkeit weiterer solcher Belastungen betont und auch die Gefahren einer Internationalisierung und Verstaatlichung des Besitzes in Deutschland hingewiesen hatte, erinnerte er auch daran, bei den Wahlen keine Pflicht und Schuldigkeit zu tun und dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft in Parlament und Regierung richtig vertreten sei. Nachdem der Vorsitzende auch diesem Redner gedankt hatte, forderte er die Anwesenden auf, das Gehörte in die Tat umzusetzen, damit man wieder zu besseren Zeiten komme.

Calw, 7. April. (Todesfall.) Im Alter von 61 Jahren starb am Samstag nach kurzer, schwerer Krankheit Oberamtspfleger Hans Richter. Der Verstorbene war ein unermüdet tätiger Mann in seinem Berufe, von echt deutscher Gesinnung, 26 Jahre war er Vereinssekretär und stellvertretender Vorstand im Landw. Bezirksverein.

Stuttgart, 8. April. (Zum Streik der württ. Eisenbahnarbeiter.) Von der Reichsbahndirektion wird mitgeteilt: Die Streiklage ist unverändert. Die Zahl der neu eingestellten Arbeiter und damit die Zahl der von den Streikenden verloren gehenden Dienstposten steigt stetig. In Kornwestheim ist in der Nacht vom Freitag zum Samstag leider einer der wackeren, als Rothkeller eingestrichenen Beamten glücklicherweise nur ganz leicht verletzt worden. Die Landräger wurden zum Schutz der Arbeitswilligen gegen das gewalttätige Verhalten der Streikenden gerufen. Arbeitsfuchende melden sich in großer Zahl. Die Arbeitswilligen erhalten freie Fahrt zum Arbeitsort. Die Leistungen des Rangierbahnhofs Kornwestheim bewegten sich ähnlich wie vor dem Streik.

Von der Bezirks- und Körperschaftsverwaltung. Mit der Wahrnehmung der Vorstandsstelle der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung ist Ministerialrat Dr. Michael im Ministerium des Innern unter Verleihung der Amtsbezeichnung eines Präsidenten betraut worden.

Gegen den Schul- und Beamtenabbau. Die Erklärung des Kultusministers Dr. Hieber, daß der Abbau auf dem Gebiete des Schulwesens nur dann tragbar sei, wenn bei allen Verwaltungen, also auch bei den Oberämtern, die Abbaumaßnahmen durchgeführt werden, hat verschiedentlich zu Forderungen ermutigt, mit dem Abbau da und dort Halt oder ihn sogar rückgängig zu machen. So verlangt die sogen. Volksschulkammer, eine Abteilung des Lehrerbetrags, im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens förmliche Abbaumaßnahmen bis zum Vollzug der Berordnung über den Abbau der Oberämter aufzuheben und die schon ergangenen, auf den Schulabbau bezüglichen Erlasse zurückzunehmen. Eine ähnliche Forderung stellt der württ. Philologenverein und der württ. Beamtenbund möchte, daß die Personalabbauverordnung sofort außer Kraft gesetzt, die bereits entlassenen Beamten soweit möglich wieder eingestellt und die in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten wieder verwendet werden. Diese Wünsche werden allerdings vergebens auf Erfüllung warten.

Eßlingen, 8. April. (Bombenanschläge in Mettingen.) Letzten Sonntag, abends zwischen 9 und 10 Uhr, wurden in Mettingen zwei Bombenanschläge verübt. Der eine Anschlag richtete sich gegen das Doppelwohnhaus, in dem der Betriebsleiter Hermann Görtner und der Betriebssekretär Moritz Horn, beide in der Maschinenfabrik Eßlingen tätig, wohnen. Der Luftdruck zertrümmerte eine große Anzahl Fensterscheiben der Gebäude in der Umgebung; die Sprengstücke verursachten außerdem zahlreiche Beschädigungen am Verputz und an den Fensterrahmen. Aus der Straße wurde ein Dach herausgerissen. Glücklicherweise sind Personen nicht zu Schaden gekommen. Der zweite Anschlag galt dem jüdischen Feldschutzbefehlshaber Otto Sohn. Hier wurde die aus einem durchschweißten Nöhrenstück hergestellte Bombe an der Außenseite der Haustüre so angebracht, daß sie beim Öffnen der Türe mit dem Händer nach unten zu Boden fallen und sich entladen müßte. Die öffnende Person wäre hierdurch unfehlbar in Stücke gerissen worden. Durch einen Zufall fiel jedoch der Sprengkörper, als Sohn beim Nachhausegehen um 9 Uhr die Haustüre öffnete, nicht auf die Föndung und entlud sich deshalb nicht, sodas ein schweres Unalück vermieden wurde.

Verloch, 8. März. (Grippe.) Seit einer Woche mehrten sich die Erkrankungen an Grippe in unheimlicher Weise. In jedem Hause sind einige Bewohner gezwungen, das Bett zu hüten; die die anderen „hängen“ am Ofen, da sie wegen Husten und Kopfschmerz das Liegen nicht ertragen.

Künzelsau, 8. April. (Tödtlich verunglückt.) Der 15 Jahre alte Sohn des Wagners Werner verunglückte auf dem Rade und starb infolge seiner Verletzungen.

Buntes Allerlei.

Einbruch im Reichsbankgebäude in Stettin. Ein Einbruch wurde am Sonntag nachmittag in Stettin im Reichsbankgebäude in den Tresor, und zwar durch Deckeneinbruch, ausgeführt. Die Einbrecher wurden überrascht. Einer der Verbrecher konnte festgenommen werden, während der zweite und Hauptbeteiligte, der Kaufmann Schwantes, entkam. Diesem sind etwa 14 000 Rentenmark in die Hände gefallen.

Danziger Luftpost. Am 5. April eröffnete die Danziger Luftpost den Verkehr mit Warschau, Krasau, Vennberg und anderen Städten des Ostens.

Die Erdbeben bei Amalfi. Die Erdbeben in der Umgebung von Amalfi (Italien) haben noch immer nicht aufgehört. Auch Amalfi selbst ist von neuen Erdbeben bedroht. In Majori und Agerola haben Fels- und Erdbabstürze beträchtlichen Schaden angerichtet.

Die Pest in Indien. Der Direktor des indischen Gesundheitsamtes teilte mit, daß bei der gegenwärtig herrschenden Pestbeude 25 000 Menschen im Monat März das Leben verloren hätten und daß man auf weiteres Ausbreiten der Seuche rechnen

Handel und Verkehr.

Amst. Berliner Devisenkurs vom Dienstag den 8. April.
(Die Notierungen verstehen sich in Billionen Papiermark.)

	7. Geld	7. Brief	8. Geld	8. Brief
Amsterdam 100 Gulden	166,61	167,29	166,61	167,29
Brüssel 100 Franken	20,55	20,65	20,55	20,65
Kristiania 100 Kronen	57,85	58,15	57,81	57,89
Rouenboas 100 Kronen	61,23	70,18	61,23	70,18
Stockholm 100 Kronen	110,33	111,48	110,33	111,48
Wien 100 Kr.	18,70	18,90	18,70	18,90
London 1 Pfund Sterling	18,205	18,205	18,205	18,205
Konstantinopel 1 Dollar	4,18	4,21	4,18	4,21
Paris 100 Franken	24,54	24,66	24,54	24,66
Schweden 100 Kronen	71,23	71,53	71,23	71,53
Spanien 100 Pesetas	56,61	56,89	56,61	56,89
Frankfurt 100 100 Kr.	6,08	6,12	6,08	6,12
Breslau 100 Kronen	12,71	12,79	12,71	12,79
Goldmark 100	Zolltarifhöhe 84,00.			

Die Freigabe des von Amerika beschlagnahmten deutschen Guthabens ist nunmehr endlich in Sicht zu kommen. Der Amerika-Kredit des Reichsbanks für Gewerbe, Handel und Industrie, Berlin NW. 7, Torstraße 10, hat in den letzten Tagen mehrere Beträge zur Auszahlung an die Beteiligten vom amerikanischen Treuhänder in Washington ausgezahlt; er hat auch die Mittel zum Erhalten, daß nunmehr auf baldige weitere Freigabe zu rechnen ist. Beträgen diese es aber, daß von den gesamten beschlagnahmten ca. 27 000 Millionen erst ca. 4000 Millionen reklamiert sind. Wohlherwollende haben die Interessenten nachgeholt, daß ihnen das freigelegene Geld in Deutschland beschlagnahmt würde; das ist nicht der Fall, im übrigen steht es auch jedem frei, sein freigelegenes Guthaben bei einer amerikanischen Bank zu deponieren. Zur vollständigen Auskunft ist die Amerika-Abteilung des Reichsbanks sehr gern bereit. Den Anfragen ist ein Belegzettel für die Rückantwort beizufügen.

Deutscher-Benz. Zwischen der Benz u. Cie., Abteilungs-Automobil- und Motorenfabrik A.-G. in Mannheim und der Deutscher-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim zwischen Verhandlungen, die eine enger Verbindung zwischen diesen beiden bedeutenden Schwaben-Industriellen Kraftwagenfabriken zum Ziele haben. Die Verhandlungen stehen noch im Anfang, werden aber als ausläufig reich bezeichnet. Vor dem Krieg bestand bereits die Absicht eines Zusammenschlusses der beiden Werke, ohne daß es damals in einem Ertrahis gekommen wäre.

Frankfurter Börse, 8. April. Der Aktienmarkt hielt weiter an, so daß der Markt unter größter Bestimmtheit stand. Die Tendenz war schwach. Die Geschäftstätigkeit war ruhig und die Börse hat auch heute ein Bild allgemeiner Zurückhaltung und Veräuflichkeit im Laß.

Stuttgarter Börse, 8. April. Die Stimmung war heute instabil. Bei sehr kleinen Umsätzen bröckelten die Kurse weiter ab. Weizen, Öl, Getreide, (Weizenverfeinerer u. a.) Bei der letzten Versteigerung der Weizenverfeinerer wurde alles verkauft. Preise für Rotweizen 140-150, Weizenmehl und Weizenmehl je nach Qualität 130-140 etc. je pro Dezioliter.

Stuttgarter, 8. April. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag waren zugeführt: 112 Ochsen, 50 Bullen, 1000 Kälber, 216 Jungbullen, 218 (10) Jungstiere, 116 (10) Kühe, 670 Ferkel, 950 (55) Schweine, 30 Schafe, 2 Ziegen. Erlös auf je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1, 44-47 (Kontinentaler Markt) 41-46, 2, 30-34 (23-28), 3, 28-32 (23-27), 4, 27-31 (22-26), 5, 26-30 (21-25), 6, 25-29 (20-24), 7, 24-28 (19-23), 8, 23-27 (18-22), 9, 22-26 (17-21), 10, 21-25 (16-20), 11, 20-24 (15-19), 12, 19-23 (14-18), 13, 18-22 (13-17), 14, 17-21 (12-16), 15, 16-20 (11-15), 16, 15-19 (10-14), 17, 14-18 (9-13), 18, 13-17 (8-12), 19, 12-16 (7-11), 20, 11-15 (6-10), 21, 10-14 (5-9), 22, 9-13 (4-8), 23, 8-12 (3-7), 24, 7-11 (2-6), 25, 6-10 (1-5), 26, 5-9 (0-4), 27, 4-8 (0-3), 28, 3-7 (0-2), 29, 2-6 (0-1), 30, 1-5 (0-0). Verkauf des Marktes mäßig besch.

Börsen, Viehmärkte vom 8. April. Dem Markt in Völklingen waren zugeführt: 70 Kühe, 10 Kälber, 22 Stüd Kleinvieh. Preis für Kühe 200-250, Kleinvieh 80-107 Mark je für das Stüd. Der Handel war lau. - Kirchheim u. T.: Dem Markt waren zugeführt 105 Karren. Preis 400-500 Mark, 50 Ochsen und Stiere, Preis 500-600 Mark, 90 Kühe, Preis 180-200 Mark, 65 Kälber, Preis 400-500 Mark, 157 Stüd Schmalvieh, Preis 120-280 Mark. Der Handel war lau.

Börsen, Schweinemärkte vom 8. April. Schweinemärkte: Dem Schweinemarkt waren 46 Stück, und 2 Ferkelzweine zugeführt. Verkauf wurde das Paar Milchschweine in 40-60 Mark. Der Handel war lebhaft. - Ellwangen: Zufuhr 90 Stück, Preis pro Paar 45-50 Mark. Der Handel war lau. - Kottweil: Zufuhr 200 Milchschweine und 2 Ferkel. Verkauf wurde 12-40 Mark pro Paar Milchschweine. Der Handel war lebhaft; ein kleiner Teil blieb unverkauft.

* freudenstädter Wochenmarkt. Anfuhr in Butter und Eier sehr gut. Butter pro Pfund 1,90 Mk., Eier pro Stück 11 Pf.

Letzte Nachrichten.

Eine Einigung erzielt.

WTB. Berlin, 8. April. Auf Grund des endgültigen Beschlusses des Kabinetts von heute Mittag, 6 Pfg. durchgehend als Stundenlohn zu bewilligen, ist in den Beratungen zwischen den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und des Personals eine Einigung zustande gekommen.

Ludendorff.

WTB. München, 8. April. Ludendorff hat nach seiner Freisprechung über 3000 telegraphische und briefliche Glückwünsche erhalten.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus München ist ein anlässlich des Geburtstages Ludendorffs für heute Abend angelegter Fackelzug von der Behörde verboten worden.

Die englische Regierung nach ihrer Niederlage.

WTB. London, 9. April. (Unterhaus.) Baldwin fragte den Premierminister, welchen Weg die Regierung angesichts ihrer gestrigen Niederlage einzuschlagen gedenke. MacDonald erwiderte, es werde keine neue Vorlage über die Frage der Wohnungsmieten eingebracht werden.

Die Verhandlungen mit der Nicum.

WTB. Düsseldorf, 8. April. In den heutigen Verhandlungen mit der Nicum, die von 3 bis 6^{1/2} Uhr dauerten, legte die Sechserkommission dar, daß die durch die Abkommen mit der Nicum übernommenen Verpflichtungen nicht weiterhin getragen werden könnten. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Am Freitag soll erneut verhandelt werden.

Großes Schadenfeuer in Hamburg.

WTB. Hamburg, 8. April. Heute früh gegen 3 Uhr entbrach in einem Lokomotivschuppen der Vulkanwerk vermuthlich durch Brandstiftung ein großes Schadenfeuer, dem die gesamte Inneneinrichtung des Schuppens zum Opfer fiel. Ferner brannte noch ein weiterer Reparaturschuppen aus. Drei Feuerwehrleute erlitten schwere Verletzungen. Einem wurde durch eine Explosion einer Sauerstoff-Flasche der Unterschenkel abgerissen. Es wurden 2 Verhaftungen vorgenommen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Dowl. Druck und Verlag der W. Neff'schen Buchdruckerei Alensfeld.



Amüliche Bekannmachungen.

Kraftfahrzeugverkehr.

Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Anträge auf Erteilung von Führerscheinen mit folgenden Papieren belegt sein müssen:

1. einer Geburtsurkunde,
2. einem Bildnis,
3. einem Zeugnis des Oberamtsarztes,
4. einem Nachweis darüber, daß der Fahrzeughalter bei einer durch die zuständige höhere Verwaltungsbehörde zur Ausbildung von Führern ermächtigten Person oder Stelle erlernt hat. Aus dem Nachweis muß die Dauer der praktischen Ausbildung im Fahren ersichtlich sein.

Der Nachweis § 4 ist durch Ablegung einer Vorprüfung zu erbringen.

Diese Vorprüfung kann am 14. April ds. Jrs. vor dem Fahrmeister der Landesfahrerschule abgelegt werden und es wollen sich Interessenten des Bezirks am 14. April ds. Jrs. vorm. 8 Uhr mit ihrem Fahrzeug bei Herrn Wilhelm Schweifelle, Reich. Behörde in Nagold einfinden.

Nagold, den 8. April 1924.

H. W. Co. Kuntmann Merkt.

Steis frisch gebrannt

Kaffee

Vollreis	Zweischgen
Sago	Erbjen
Weizengrieß	Linjen

empfiehlt billigst

Jakob Hanse mann, Simmersfeld.

Altensteig.

Unterzeichneter empfiehlt sich zur Lieferung von

Kohlen

aller Art

wie

Anthracit, Eiforbrikett, Steinkohlen, Steinkohlebrikett, Schmiedkohlen, Fett- u. Mager- nuzflamkohlen, Braunkohlen- Brikett mitteldeutsche sowie rhein. Union Ruhr-Brechfoks versch. Größe aus besten deutschen Zechen geliefert.

Bestellungen werden fortwährend entgegen- genommen von

Aug. Schaal, Kohlenhandlg.

NB. Auf Lager sind:

Eiforbrikett, Anthracit-Eiforbrikett, Ruhr-Brechfoks Größe 20/40.

Außerdem treffen demnächst ein: Braunkohlen-Brikett (lange), sowie gewaschener Anthracit, Nuß 2, und können jederzeit abge- holt oder vors Haus gebracht werden. Der Obige.

Achtung! Bürger! Achtung!

Kammerjäger Heißbrink, langjährig erfahrener Fachmann, übernimmt die Vertilgung sämtlicher Ungezieher wie Ratten, Mäuse, Wühlmäuse, Schwaben, Wanzen usw. unter 2 Jahre schriftlicher Garantie. Erfolg innerhalb 24 Stunden. Für Menschen und Haustiere unschädlich. Völlige Ausrottung des Ungezieters ist im Interesse der Volkswirtschaft unbedingt erforderlich. Bestellungen erbitten sofort unter Kammerjäger Heißbrink an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Vorhänge abgepaßt, 3 teilig
in Madras, Kongreß und gekurbelt
Stores
Tüll, Kongreß und Nachtelstoffe
Scheibengardinen.
Reinhold Hayer Altensteig

Sicherheits-Sprengstoffe

mit Zubehör, Sprengpulver usw. in verschie- denen Fabrikaten liefert zu billigsten Preisen

Lorenz Luz jr. Altensteig. Tel. 46

Altensteig,
Kalkstickstoff
schwefels. Ammoniak
Kalifalz, 40proz.
feingem. Rainit
empfehlen
Dech & Biegler
Tel. 9.

Der heutigen Ausgabe unseres Blattes liegen die Prospekte: Der Riesendraß des neuen Hauses in Ulm und Falsche Sparbarkeit rächt sich bei, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Echte
Schweizerstumpen
und
Virginier
empfiehlt
Lorenz Luz jr.

Wart.
Verkaufe 10 Ztr.
Haber- und Dinkel-
Stroh
(Flegeldrusch) sowie einige Ztr.

Heu
zum Tagespreis.
Fr. Stepper, Zimmermann.

Gesucht
wird ein
Rindermädchen
nicht über 15 Jahre, zu solor- tigem Eintritt oder bis 1. Mai.
Von wem? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Simmersfeld.
35 Wochen trächliche

Kalbin
verkauft
Gg. Günther, Straßenwart.

Altensteig.
Aufgesprungene Hände
raube und rissige Haut
verhüten Sie am besten durch
den ständigen Gebrauch einer
guten

Haut-Creme und
Haut-Puders.
Löwendrogerie
Gebr. Benz. Altensteig
i. H. d. H. Kaltenbach s.
Beachten Sie genau uns. Firma

Eine neue
Wasch-Kommode
eiche tourniert, hat preiswert
zu verkaufen, wer? — sagt
die Geschäftsst. d. Bl.

Altensteig.
Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme bei der Krankheit und dem Ableben
unserer lieben Mutter, Schwiegermutter,
Groß- und Urgroßmutter
Franz Rath. Vater, geb. Schwemmle
Rotgerberswitwe
Für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers
Hörlicher, den erhebenden Gesang des verehrl. Lieder-
kranzes, die vielen Blumenspenden und die zahlreiche
Begleitung zur letzten Ruhestätte von nah und fern
sagen herzlichen Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Pfeifle.

Schultinte
empfiehlt die
W. Riekersche Buchhandlung.

Altensteig.
Suche einen älteren, tüch-
tigen, womöglich ansässigen
**Möbel-
schreiner**
H. Kalmbach Möbelschreineri.
Ein freies Stuben, 2tagig
gut erhaltenes
Hühnerhaus
hat samt eiserner Uarzbanung
zu verkaufen
E. Lauk, Buchstraße 11.

Altensteig.
Bestellungen für die Karwoche
auf

Schellfische, Cablinu,
Seelachs, Seeforellen,
grüne Heringe, Stadtfische
nimmt bis Donnerstag Abend
entgegen
Chr. Burghard jr.

Altensteig.
Verkaufe einige Wagen
Dung
tausche auch gegen Heu oder
Oehmd. Wer? — sagt die
Geschäftsstelle ds. Bl.

Neuweiler.
Einen gebrauchten
Leiterwagen
(Ochsenwagen) mit Holzachsen
hat preiswert zu verkaufen
J. Weber, Schmied.

Vorhänge
abgepaßt und am Stück, dicke Garnituren, Rulos, Scheibenschleier, Galerieborden
Paul Räuchle
Calw



**Damen- und Mädchen-
Bekleidung.**
Mäntel, Kostüme, Taillenkleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim,
Ecke Metzger- u. Blumenstr.

